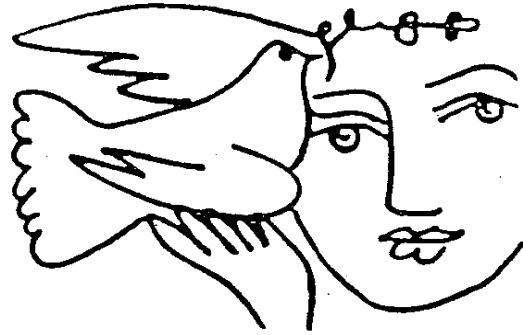


70 Jahre Zweiter Weltkrieg

- Die Lehren für die Nachgeborenen -



Eine Erklärung aus der Friedensbewegung

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Dieser Krieg, in dessen Verlauf 55 Millionen Menschen getötet wurden, darunter über 20 Millionen Bürger/innen der damaligen Sowjetunion und sechs Millionen Juden, die auf bestialische Weise in den Konzentrationslagern der Nazis vernichtet wurden, "brach" nicht einfach "aus", sondern wurde gewollt und geplant von den faschistischen Machthabern des "Dritten Reiches", generalstabsmäßig vorbereitet von einer verbrecherischen Wehrmachtsführung und geführt und unterstützt von Millionen Deutschen. Und auch dies darf nicht vergessen werden: Er hatte Nutznießer und Interessenten vor allem auf der Seite der großen Industrie, der Banken und der "deutschen" Handelshäuser, die im Inneren jüdisches Eigentum an sich rissen und im Kriegsverlauf sich an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen und an der Ausplünderung und Versklavung der besetzten Länder insbesondere Osteuropas bereicherten.

Kriege brechen nicht aus, sie werden also gemacht. Deren Macher und Profiteure haben Namen und Adressen. Das ist heute nicht anders. Eine wichtige Lehre aus der Geschichte lautet daher: Da Kriege nicht schicksalhaft, wie ein Naturereignis über uns hereinbrechen, können sie auch verhindert werden. In den frühen 30er Jahren hätten die Menschen in Deutschland, die Demokraten, Gewerkschafter, die Anhänger der großen Arbeiterparteien, die sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und liberalen Antifaschisten den drohenden Faschismus entschlossener und vor allem gemeinsam bekämpfen und besiegen können. Das Ausland hätte zu den italienischen und deutschen "Eroberungen" in der Vorkriegszeit ("Abessinien", Österreich, "Böhmen und Mähren") nicht schweigen dürfen. Und die Anti-Hitler-Koalition hätte noch vor dem umstrittenen Molotow-Ribbentrop-Pakt geschlossen und nach Beginn des Krieges früher aktiv werden sollen.

Die Welt nach 70 Jahren sieht anders aus. Sie hat den 40 Jahre dauernden Kalten Krieg (der in der Dritten Welt häufig heiß geführt wurde) und die Blockkonfrontation hinter sich gelassen. In Europa selbst wurde ein historischer Friedens- und Annäherungsprozess im Rahmen der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" (KSZE) durchgeführt, der auf der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Universalität der Menschenrechte beruhte. Nach dem Fall der Mauer, der Auflösung der Sowjetunion sowie der Militärorganisation des Warschauer Pakts schien es eine Zeitlang, als könnte die Menschheit nun eine grandiose "Friedensdividende" einstreichen, d.h. abrüsten und die dadurch frei werdenden Mittel für die Beseitigung des Hungers, der Unterentwicklung, der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltschäden einsetzen. Dieser Traum war spätestens geplatzt, als klar wurde, dass das Gegenstück zum Warschauer Pakt, die NATO, keineswegs abdanken wollte und dass der inzwischen zur Maxime weltweiten Wirtschaftens erhobene Neoliberalismus den Globus in eine einzige Sphäre der Profitmaximierung und Rohstoffsicherung verwandelte.

Das Ende der Blockkonfrontation hat auch nicht den erhofften Frieden in den internationalen Beziehungen gebracht. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999, der Afghanistankrieg seit 2001, der Irakkrieg (seit 2003), zahlreiche Kriege und Gewaltkonflikte im Nahen Osten und der Dritten Welt (z.B. Kongo, Ruanda, Somalia, Elfenbeinküste, Kaukasus, Indien, Pakistan, Indonesien, um nur einige zu nennen) haben zwei Dinge gemeinsam: Sie beginnen jeweils mit einer Lüge (von der "humanitären Katastrophe", die es zu verhindern gilt, bis zum angeblichen Verteidigungskrieg oder der Beseitigung einer "Schurken"-Regierung); und sie werden geführt zur Aneignung oder Sicherung von Energie- und anderen "lebensnotwendigen" Rohstoffen. Kriege um Öl oder Erdgas, um Diamanten und Wasser, um Fischereigründe oder andere Rohstoffreservoirs sind heute an der Tagesordnung - und alle anderslautenden hehren Ziele von Seiten der Krieg Führenden sind legitimatorische Schutzbehauptungen.

Die Friedensbewegung kämpft heute nicht gegen einen drohenden Weltkrieg (der scheint auf absehbare Zeit unwahrscheinlich) und in der Regel nicht mehr gegen eine einzelne "Super"- oder Großmacht. Sie wendet sich vielmehr gegen jeden Krieg und gegen jede Rüstung. Eine der größten Errungenschaften der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war die Gründung der Vereinten Nationen und die Verabschiedung der UN-Charta 1945. Nach der Charta ist jede Gewaltanwendung und Gewaltdrohung in den internationalen Beziehungen verboten. Dem Geist der UN-Charta, dem absoluten Gewaltverbot des Völkerrechts widersprechen nicht nur die zahlreichen Kriege, die heute weltweit geführt werden, sondern auch die materielle Gewalt derjenigen Staaten, die z.B. mit der NATO am mächtigsten Militärbündnis in der Geschichte der Menschheit festhalten, oder die sich in den Besitz atomarer Massenvernichtungswaffen gebracht haben. 70 Prozent der weltweiten Rüstungs- und Militärausgaben gehen heute auf das Konto der NATO-Staaten. Ein Bruchteil der 1,3 Billionen US-Dollar, die heute Jahr für Jahr in die Rüstung fließen, würde ausreichen, die wichtigsten Millenniums-Ziele der Vereinten Nationen, die Halbierung der Armut, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Wasser oder mit Gesundheitsdiensten und Bildung zu erreichen. Nebenbei könnte damit der Ausbruch so mancher Gewaltkonflikte verhindert werden.

Eine "neue Welt des Friedens und der Freiheit" haben sich die Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft. Sie ist möglich. Aber nur, wenn der zunehmenden Militarisierung der internationalen Politik, dem skrupellosen Wettlauf um Ressourcen und der schamlosen Ausplünderung der Dritten Welt ein Riegel vorgeschoben wird. Eine "neue Welt des Friedens und der Freiheit" gedeiht nicht auf den Bajonetten der Soldaten; Demokratie und Menschenrechte können nicht in fernen Weltgegenden herbei gebombt werden. Frieden wird es nur geben, wenn wir die Kriege beenden, d.h. wenn wir die Soldaten aus Afghanistan zurückziehen, wenn wir keine Waffen mehr an Kriegsparteien exportieren, wenn wir dafür sorgen, dass die restlichen US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden, wenn wir aus der NATO austreten, wenn wir die Militarisierung der Europäischen Union nicht zulassen und wenn die deutsche Außenpolitik auf Militär und Gewalt gänzlich verzichtet.

70 Jahre nach Beginn des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieges erklären wir der Welt nicht mehr den Krieg, sondern den Frieden.

Bundesausschuss Friedensratschlag

Kassel, Frankfurt, Hamburg, Berlin, 1. September 2009

Empfehlung: Friedenspolitische Website der AG Friedensforschung

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/

V.i.S.d.P.: P. Strutynski, BAF-Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel